

4. III. 1917

[Reformen bei der Wiener Straßen-  
säuberung.] Wie uns aus Gemeinderatskreisen mitgeteilt  
wird, hat gestern im Magistratsgremium eine Sitzung statt-  
gefunden zum Zweck der Beratung von Reformen bei der  
Straßensäuberung. Anlässlich der letzten großen Schneefälle und  
gegenüber den vielen Klagen wegen der mangelhaften Beforgung  
der Schneeabfuhr ergab sich die zwingende Notwendigkeit, Ver-  
besserungen auf diesem Gebiete der öffentlichen Verwaltung in  
die Wege zu leiten. Solange die Gemeinde an dem früheren  
Tarif für die Straßensäuberung festgehalten hat, meldeten sich  
kaum 600 Personen zu diesen Arbeiten. Als die Entlohnung  
mit 5 K. bemessen wurde, traten über 1000 Leute zu den  
Arbeiten an. Später erhöhte sich diese Zahl auf 1500. Weitere  
Zuwächse sind trotz der hohen Entlohnung von 5 K. per Stopp  
in nächster Zeit kaum zu erwarten. Daraus geht hervor, daß die  
Lohnerhöhung keinen besonderen Effekt auszuüben imstande war.  
Um die Schneeabfuhr klaglos durchzuführen, wären aber  
10.000 Arbeiter notwendig gewesen. Was das Pferdmaterial  
betrifft, so stehen die notwendigen Pferde und Fuhrwerke nicht  
zur Verfügung. Die meisten Behikel und Besspannungen dienen  
zur Verfrachtung von Kohlen und Lebensmitteln. Als im  
Jahre 1913 ein großer Schneefall in Wien eintrat, waren  
75.000 Fuhrren zur Abfuhr notwendig. Im Jahre 1901, bei dem  
größten Schneefalle in letzter Zeit, mußten 240.000 Fuhrren  
gemacht werden. Heute wird die Straßensäuberung in  
vierzehn Bezirken in eigener Regie der Ge-  
meinde besorgt. In sieben Bezirken gehört die Straßens-  
säuberung in den Pflichtenkreis der Bezirksvorsteher. Dieser  
Mangel an Einheitlichkeit hat bei der Schneeabfuhr  
Nachteile gezeitigt, deren Beseitigung wohl ebenfalls zu der  
Reform gehört, mit der sich der Magistrat beschäftigt.